

4. Einleitende Bemerkungen

von Matthias Barelkowski

zu

Die Eigentumsfrage als juristisches und politisches Dauerproblem. Zum Umgang mit
deutschem und jüdischem Eigentum in Polen nach 1945

von Matthias Barelkowski u. Claudia Kraft

Im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs musste Polen als Staat praktisch neu erfunden werden. Der sich unter kommunistischer Führung neu konstituierende Satellitenstaat der Sowjetunion wurde dabei schnell mit der Frage konfrontiert, wie mit dem Eigentum der ermordeten Juden und dem der vertriebenen Deutschen umgegangen werden sollte. Der vorliegende Aufsatz untersucht die gesetzgeberischen Lösungsversuche, insbesondere der ersten Nachkriegsjahre, stellt sie der häufig von Chaos, „Goldgräberstimmung“, Unvermögen und Überforderung geprägten Rechtspraxis der zuständigen Behörden gegenüber und zieht schließlich eine Verbindungslinie zu den nach dem Umbruch von 1990 wiederauftauchenden Eigentumsproblemen im Zuge des Reprivatisierungsprozesses. Ausgewertet wurden dafür erstmalig die Überlieferungen des Hauptamtes für Liquidation (Główny Urząd Likwidacyjny) als auch die des Gebietsliquidationsamtes in Breslau (Okręgowy Urząd Likwidacyjny we Wrocławiu). Einbezogen wird aber auch die Erinnerungsliteratur an die Kriegs- und Nachkriegsjahre, in der das Thema Eigentum immer wieder auftaucht und über die Generationengrenzen hinweg verhandelt wird.

Der hier vorgestellte Aufsatz von Matthias Barelkowski und Claudia Kraft spiegelt den Forschungsstand von 2013 wider und wurde zuerst in der französischen Zeitschrift „Revue d’histoire moderne contemporaine“ veröffentlicht. In der Zeit danach wurden gerade im besonders von der Reprivatisierung betroffenen Warschau neue Korruptionsskandale aufgedeckt, in die Notare, sogenannte Kuratoren, also Bevollmächtigte der Erben, und wichtige Entscheidungsträger der Stadtverwaltung verwickelt waren und bei denen es stets um die billige, letztlich kriminelle, Übernahme von teuren innerstädtischen Grundstücken unter Ausnutzung der unklaren Rechtslage ging. Erst im September 2016 trat schließlich in Polen eine Regelung in Kraft, die als „Kleines Reprivatisierungsgesetz“ bezeichnet wird. Sie soll dem

Missbrauch einen Riegel verschieben und betroffene Bürgerinnen und Bürger sowie öffentliche Einrichtungen vor „wilder Privatisierung“ schützen.¹

Auch jenseits der rein juristischen Regelungen findet erst in den letzten Jahren eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Thema Eigentumsverschiebungen und deren psychosoziale Folgen statt. Ein Meilenstein bildet dabei sicher das 2014 erschienene Werk „Prześniona rewolucja“ von Andrzej Leder, das 2019 unter dem Titel: „Polen im Wachtraum. Die Revolution 1939–1956 und ihre Folgen“ auch auf Deutsch erschien.² Mit „Wachtraum“ ist dabei vor allem die fehlende Aufarbeitung der gesellschaftspolitischen Umwälzungen in Folge des Krieges im Subjektbereich gemeint, also das Ausbleiben von Reflexion über die eigene Rolle und die erlebten Veränderungen bei den polnischen Akteurinnen und Akteuren. Ein zentrales Moment bilden dabei nach Leder die Eigentumsverschiebungen, insbesondere in Folge der Shoah. „Die Übernahme jüdischen Eigentums durch die polnische Bevölkerung wahrzunehmen und sie anzuerkennen ist in ähnlicher Weise frappierend wie die logische Offensichtlichkeit dieser Tatsache. [...] Ein solcher Wandel im Bereich der Eigentumsverhältnisse ist ein revolutionärer Wandel.“³

Der hier vorgelegte Aufsatz möchte jenseits dieser theoretisch-psychologischen Interpretationsansätze, die in Polen bis heute breit diskutiert werden, einen Beitrag leisten zur bisher stark vernachlässigten quellenbasierten rechts- und kulturgeschichtlichen Forschung zu Eigentumsfragen im Polen der Nachkriegszeit. Er versteht sich dabei vor allem als Problemaufriss und schließt insofern an die anderen im Modul präsentierten Texte an. Es geht dabei jedoch nicht um Schuldzuweisungen oder die Unterstützung von Reprivatisierungsforderungen, sondern vielmehr um eine möglichst konkrete und sachliche Beschreibung des schwierigen Umgangs mit Eigentumsfragen nach einem für Polen nicht nur materiell verheerenden Krieg.

Empfohlene Zitierweise:

Matthias Barelkowski: Einleitende Bemerkungen zu Matthias Barelkowski und Claudia Kraft: Die Eigentumsfrage als juristisches und politisches Dauerproblem. Zum Umgang mit deutschem und jüdischem Eigentum in Polen nach 1945, in: Übersetzte Geschichte, hrsg. v. Nordost-Institut, Lüneburg 2020, URL: <https://www.ikgn.de/cms/index.php/uebersetzte-geschichte/beitraege/umgang-mit-juedischem-und-deutschem-eigentum/4-1-barelkowski-kraft-die-eigentumsfrage>.

¹ Vgl. dazu die Überblicksdarstellung Reprywatyzacja w Warszawie unter: https://pl.wikipedia.org/wiki/Reprywatyzacja_w_Warszawie#Ma%C5%82a_ustawa_reprywatyzacyjna [letzter Zugriff: 28.01.2020].

² Andrzej Leder: *Prześniona rewolucja. Ćwiczenie z logiki historycznej*, Warszawa 2014. Deutsche Ausgabe: *Polen im Wachtraum, Die Revolution 1939–1956 und ihre Folgen*, Osnabrück 2019.

³ Ebenda, S. 115, 120.



Die Eigentumsfrage als juristisches und politisches Dauerproblem. Zum Umgang mit deutschem und jüdischem Eigentum in Polen nach 1945 von [Matthias Barelkowski, Claudia Kraft / Nordost-Institut \(IKGN e.V.\)](#) ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz](#).

Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie unter <https://www.ikgn.de> erhalten.